

**Rede  
von**

**Frank Henning, MdL**

zu TOP Nr. 48

Erste Beratung

**Ausbeutung beenden - Verbot von Werkverträgen in  
der Fleischindustrie durchsetzen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/6814

während der Plenarsitzung vom 02.07.2020  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Anrede,

um es klar zu sagen: Die Bundesregierung, allen voran unser Arbeitsminister Hubertus Heil, hat völlig Recht. Werkverträge in der Fleischbranche gehören verboten!

Sie sind menschenverachtend, beuten Menschen aus, elementare Arbeitnehmerrechte werden verweigert und der ganze Skandal macht die Bedingungen deutlich, unter denen Werkvertragsarbeitnehmer ihr Dasein fristen müssen.

Die Arbeitsbedingungen in der deutschen Fleischindustrie sind nach wie vor nicht zu akzeptieren. Auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen wird in diesem Industriezweig ein gnadenloser Konkurrenzkampf ausgetragen. Gleichzeitig ist das System der Werkverträge, das in den letzten Jahren auch in anderen Branchen und Industriezweigen ausgeweitet wurde, in der Fleischbranche auf eine unrühmliche Spitze getrieben worden.

Wir als SPD-Landtagsfraktion haben nichts gegen Werkverträge dort, wo sie in einer arbeitsteiligen Wirtschaft sinnvoll sind. Wir wenden uns aber gegen Werkverträge, wenn sie dazu missbraucht werden, Kernbestandteile der Produktion auszulagern.

Wenn mit ihnen Tarife und Arbeitsbedingungen unterlaufen und die Handlungsmöglichkeiten von Betriebsräten ausgehebelt werden und es den Unternehmen vor allem darum geht, die Verantwortung für ihre Beschäftigten abzugeben. Es kann nicht sein, dass zwei Drittel der Beschäftigten bei Subunternehmern angestellt sind, die über Werkverträge als Dienstleister für die Fleischindustrie tätig sind. In der Fleischindustrie wird damit das Kerngeschäft per Werkvertrag erledigt. Der gesamte Produktionsprozess ist an Externe delegiert, und der Betrieb übernimmt keinerlei Verantwortung mehr für einen großen Teil seiner Mitarbeiter.

Wir als SPD-Landtagsfraktion fordern ganz klar ein: Stammbesellschaften müssen wieder eine erkennbare Mehrheit unter den Beschäftigten bilden. Werkverträge dürfen nicht dazu missbraucht werden, arbeitsrechtliche Schutzvorschriften zu umgehen.

Ausbeutung und systematische Umgehung gesetzlicher Mindeststandards gehören zum System. Erfahrungen aus der Beratungspraxis von Faire Mobilität, das ist die Beratungsstelle des DGB in Oldenburg, zeigen, welche Tricks Subunternehmer anwenden, um den gesetzlichen Mindestlohn zu unterlaufen. So werden üblicherweise geringere Stundenzahlen vereinbart, als die Beschäftigten tatsächlich arbeiten.

Für Urlaubs- oder Krankheitszeiten wird dann nur der geringere vertragliche Lohn ausgezahlt. So sparen die Unternehmen Lohnzahlungen und Sozialversicherungsbeiträge. Häufig werden weniger Stunden ausgezahlt als gearbeitet wurden. Die Beschäftigten können ihre geleistete Stundenzahl kaum beweisen.

Auf dem Papier ist dem Vernehmen nach bei Kontrollen des Zolls alles in Ordnung. Natürlich bekommen die Werkvertragsarbeiter den Mindestlohn. Wenn ihnen aber gleichzeitig für ein Bett im 9-qm-Zimmer 300 Euro abgezogen werden, ist das eine Lohnkürzung und Umgehung des Mindestlohns.

Das darf dicht sein, diese Praxis hat nichts mehr mit dem ehrbaren Kaufmann zu tun, sondern das ist Ausbeutung, die wir bekämpfen müssen.

Am Freitag war ich bei der Eröffnung der Beratungsstelle für mobile Beschäftigte in Osnabrück, die die Bildungsvereinigung „Arbeit und Leben“ betreibt. Sie ist nach Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Lüneburg die fünfte in Niedersachsen, finanziert mit 200.000 Euro vom Land Niedersachsen. Osnabrück ist vor allem auf Druck der SPD Landtagsfraktion über die politische Liste zum Haushalt 2020 nachträglich in das Programm aufgenommen worden, weil auch in Osnabrück eine erhebliche Anzahl von Wanderarbeitern unter problematischen Bedingungen lebt und arbeitet.

Die Kolleginnen und Kollegen der Beratungsstelle in Osnabrück und der Geschäftsführer Max Schmidt haben letzten Freitag sehr anschaulich berichtet, wie die Unkenntnis ausländischer Werkvertragsarbeitnehmer systematisch ausgenutzt wird, und die bereits beschriebenen Schilderungen von Faire Mobilität ausdrücklich bestätigt.

Wenn es freiwillig nicht geht, kann nur noch staatlicher Zwang helfen: Ich zitiere erneut unseren Bundesarbeitsminister Hubertus Heil: „Wir brauchen verbindliche Quoten für die Kontrollen, schmerzhaft Bußgelder bei Verstößen und klare, unmissverständliche Verantwortung eines Arbeitgebers für seine Betriebsabläufe.“

Dem kann sich die SPD Landtagsfraktion nur anschließen.

Übrigens: Auch dieser Landtag hat mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen mehr Kontrollen gefordert, etwa Kontrollen des Mindestlohns bei öffentlichen Vergaben. So hat der Landtag mit Beschluss vom Dezember 2019 das Bestreben des Bundes begrüßt, etwa durch die Bekämpfung von Schwarzarbeit und die Kontrolle des Mindestlohns für Gerechtigkeit und Ordnung am Arbeitsmarkt zu sorgen. Flankierend hält der Landtag jedoch auch die vertragliche Kontrolle bei der Ausführung öffentlicher Aufträge für geboten.

Vor diesem Hintergrund hat der Landtag die Landesregierung im Dezember letzten Jahres aufgefordert, die organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen zur Durchführung von Kontrollen durch die Vergabestellen des Landes zu verbessern.

Herr Finanzminister Hilbers, hier sind auch Sie gefordert, mehr Geld für mehr Kontrollen und mehr Personal im Landeshaushalt 2021 bereitzustellen. Aber auch wir Verbraucher und Kunden sind gefordert, dem Werkvertragsunwesen ein Ende zu bereiten und die Arbeitsbedingungen der in der Fleischindustrie Werk tätigen zu verbessern.

Die Deutschen essen gern und vor allem viel Fleisch. Knapp 60 Kilogramm pro Jahr und Kopf verzehren die Einwohner der Bundesrepublik durchschnittlich. 1,9 Millionen Tiere werden dafür jeden Tag in deutschen Schlachthöfen geschlachtet.

Die Branche boomt. 20 Milliarden Euro jährlich setzten die zehn größten Unternehmen zuletzt um. Ein Grund für den Erfolg sind geringe Herstellungskosten: 1,50 Euro kostet die Schlachtung eines Schweins, wenn dafür Subunternehmen mit Werkverträgen engagiert werden. Die Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten (NGG) hat

errechnet, dass es pro Kilogramm Schweinefleisch 10 bis 20 Cent mehr kosten würde, vernünftige Arbeitsbedingungen in den Schlachthöfen einzuhalten.

Dass muss es uns allen doch wert sein, oder?

Anrede,

ich komme zum Schluss: Die SPD Fraktion unterstützt den Beschluss des Bundeskabinetts vom 20. Mai ausdrücklich und voller Überzeugung: Den Verbrechern in der Fleischindustrie muss das Handwerk gelegt werden, Werkverträge in der Fleischbranche sind zu verbieten und zwar so schnell wie möglich!